

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
15. Mai 2011

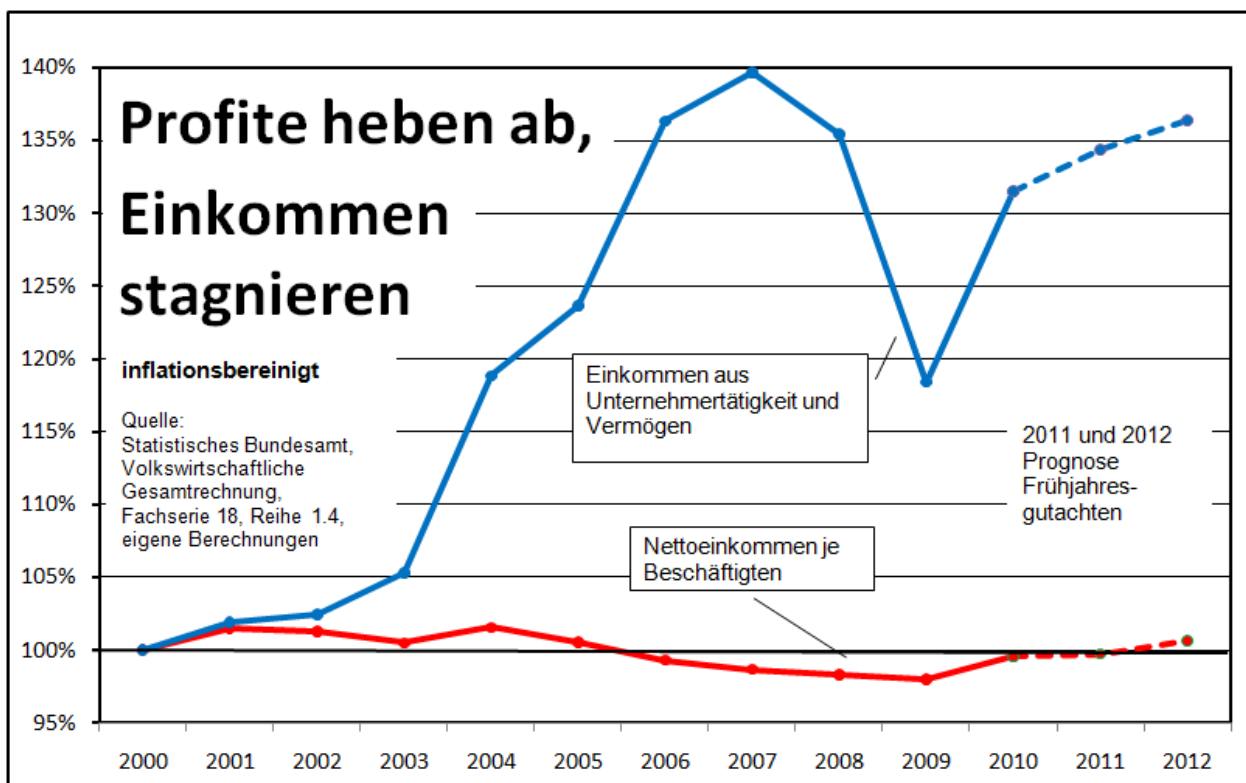
DIE LINKE.

Der Aufschwung der Profite!

Das Statistische Bundesamt vermeldete für das erste Quartal 2011 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Wirtschaftsminister Rösler scheint beim Amtsantritt allen Grund zur Freude zu haben: „Der Einstieg ins Jahr 2011 ist hervorragend gelungen.“ Allerdings warnt selbst der neue Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann, die Zahlen nicht überzubewerten.

Es handle sich um Nachholeffekte. Der besonders strenge Wintereinbruch im Dezember hatte der Bauwirtschaft sehr zugesetzt, die vor allem im ersten Quartal einen sehr starken Zuwachs verzeichnete. Und, so Weidmann, die „konjunkturelle Grundtendenz sei deutlich niedriger“ anzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft war 2009 wie in kaum



einem anderen vergleichbaren Land mit minus 4,7 Prozent eingebrochen. Mit dem Plus von 3,8 Prozent 2010 sowie dem des ersten Quartals 2011 ist die Wirtschaftsleistung erst wieder auf dem Stand von 2008 angekommen. Viele Sonderfaktoren wie die Rückkehr der Kurzarbeiter in Vollzeit, die internationalen Konjunkturprogramme und somit die hohe Nachfrage nach deutschen Exportgütern sind ausgelaufen. Ob der Aufschwung nachhaltig ist wird sich erst noch erweisen.

XL ist der Aufschwung der Profite ...

Der Aufschwung ist vor allem ein Aufschwung der Profite. Die Unternehmer konnten 2010 ein Plus von rund 13 Prozent verzeichnen. Der Einbruch 2009 wurde bereits wieder fast aufgeholt. Seit 2000 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 36 Prozent angestiegen; wohlgemerkt preisbereinigt. 2011 ist mit neuen Rekordwerten zu rechnen.

Die Profite der 30 Dax-Konzerne beliefen sich im ersten Quartal 2011 auf knapp 19 Milliarden Euro. Zu Beginn 2009 waren es nicht einmal sechs Milliarden Euro.

Nicht nur BMW, auch die Rivalen Daimler und VW, die Lufthansa, der Chemiehersteller BASF sowie der Chipproduzent Infineon dürften ihre Gewinne 2011 um 50 und mehr Prozent steigern.

Handelsblatt, 5. Mai 2011

Die gesamte Industrie – der wichtigste Wirtschaftsbereich – erreicht 2011 voraussichtlich ein Gewinnplus von mehr als 30 Prozent.

... und XS der Aufschwung der Löhne

Die Beschäftigten haben jedoch nichts von diesem Aufschwung. Die Bundesregierung geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht davon aus, dass die Löhne 2011 um 2,1 Prozent steigen. Die bisherigen Tariferhöhungen lassen jedoch lediglich ein Plus von 1,7 Prozent erwarten. In Anbetracht einer Preissteigerungsrate von 2,4 Prozent droht zum wiederholten Male eine reale Lohnsenkung. Und das mitten im viel bejubelten Aufschwung!

Konjunkturelle Einschätzung

Im Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute wird für 2011 mit einem Wachstum von 2,8 Prozent und in 2012 mit zwei Prozent gerechnet. Die Bundesregierung ist etwas pessimistischer und geht von einem Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent in 2011 aus. Es besteht jedoch Übereinstimmung darin, dass sich die Konjunkturdynamik abschwächen wird.

Wachstumstreiber ist zunächst noch der Außenhandel. Impulse kommen ebenfalls von den überwiegend exportgetriebenen Investitionen. Der staatliche und private Konsum steuert nur rund ein Drittel zur Wachstumsdynamik bei.

Der Außenhandel wird nach Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute 2011 mit 1,1 Prozentpunkten und in 2012 nur noch mit 0,3 Prozentpunkten zum Wachstum beisteuern. Entscheidend ist hierbei der Exportüberschuss. Selbst wenn die Exporte weiter steigen sollten und mit gleichem Tempo die Importe – weil zum Beispiel die Rohstoffe immer teurer werden –, dann stagniert der Exportüberschuss. Und dann leistet der Außenhandel keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

Zu Beginn 2011 sind die Exporte weiter deutlich angestiegen. Jedoch auch die Importe. Der Außenhandelsüberschuss lag im März 2011 bei 15 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Im März 2008 lag der Überschuss bei 17 Milliarden Euro.

Ein Ende der chronischen Exportüberschüsse ist durchaus wünschenswert. Verkauft ein Land dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen an das Ausland als es von dort einkauft, müssen sich unsere Handelspartner zunehmend verschulden. Im März 2011 zum Beispiel um 15 Milliarden.

Die Euro-Krise zeigt, dass das auf Dauer nicht gut geht. Allerdings: Wenn die Wirtschaft nicht mehr vom Exportüberschuss angetrieben wird, muss die Binnenwirtschaft gestärkt werden.

Binnenwirtschaft stützen

Die Forschungsinstitute ebenso wie die Regierung stützen ihren Optimismus auf eine Belebung der Binnennachfrage. Neben dem Privata-

ten Konsum gehören hierzu der Staatskonsum und die Investitionen der Unternehmer. Letztere laufen bereits wieder recht gut. Für die Regierung ein Zeichen, dass das Standbein Binnenwirtschaft schon recht stark ist. Jedoch geht ein erheblicher Teil der Investitionen der Unternehmer auf das Konto des Exportbooms und nicht einer lebendigen Binnenkonjunktur.

Der staatliche Konsum fällt als Wachstumstreiber wegen der Kürzungsprogramme aus; gerade noch ein Beitrag von 0,3 Prozentpunkten wird erwartet. Es bleibt als großer Hoffnungsträger der private Konsum. Obgleich er seit 2002 im Durchschnitt nur 0,1 Prozentpunkte Wachstumsbeitrag erbringt, soll er jetzt plötzlich auf 0,7 Prozentpunkte emporschnellen.

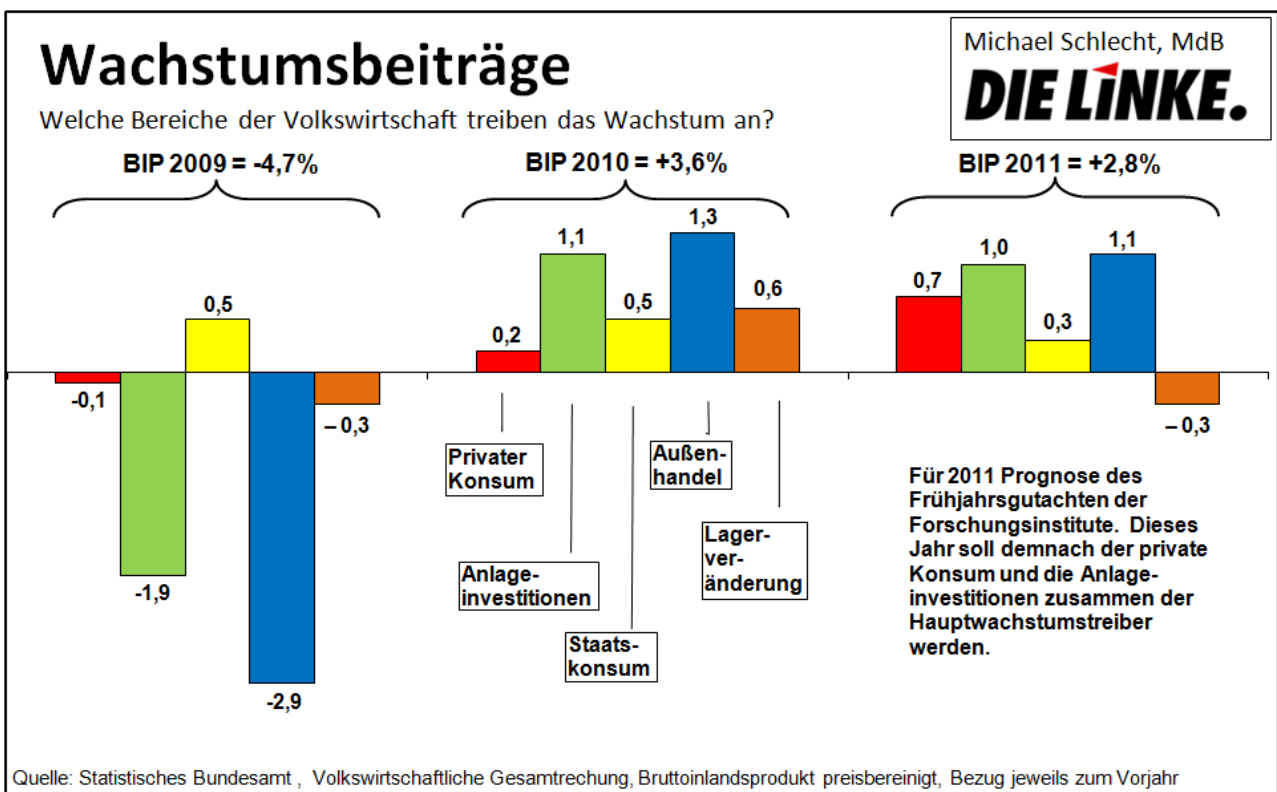
Der private Konsum hängt unter anderem von den Transfereinkommen wie zum Beispiel der Rente oder dem Arbeitslosengeld II ab. Hier wird es keine nennenswerten Impulse geben; die Erhöhung um fünf Euro beim Arbeitslosengeld II ist nur minimal und wird durch andere Faktoren wie steigende Heizkosten aufgezehrt. Bei den Renten wird es ein Plus von 0,99 (!) Prozent geben. Für die Stärkung des privaten Konsums bleibt daher als Hoffnungsträger vor allem die Einkommen der Beschäftigten.

Das Frühjahrsgutachten sagt einen Anstieg der Tariflöhne um zwei Prozent voraus. Das ist nach den bisherigen Tarifabschlüssen zu hoch gegriffen; mehr als 1,7 Prozent wird nicht erzielbar sein. Bei den Bruttoeinkommen je Beschäftigten gehen die Institute von plus 2,6 Prozent aus. Dass die Bruttoeinkommen stärker als die Tariflöhne steigen liegt daran, weil die Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr zurückgeht und das Volumen der Überstunden auch weiter ansteigt. Bei den Verbraucherpreisen wird ein Anstieg um 2,4 Prozent vorausgesagt.

Lohnsenkung: Die Tariflöhne je Stunde drohen 2011 um 0,7 Prozent zu sinken. Bei den Bruttoeinkommen je Monat kann es zu einem Anstieg um 0,2 Prozent kommen; aber nur weil dafür auch länger gearbeitet wird.

Kanzerlin Merkel würde einwenden: „Das ist zwar bedauerlich, aber Hauptsache Arbeit! Und der private Konsum legt trotzdem zu, weil die Arbeitslosigkeit zurückgeht und immer mehr Menschen einen Job haben.“

Ja richtig, die Zahl der „Jobs“ nimmt zu, vor allem der Billigjobs. Wenn Menschen aus dem Arbeitslosengeld II herauskommen und beispielsweise für 1200 Euro Brutto im Monat ar-



beiten müssen, dann ist diese miese Entlohnung nicht nur sozial ungerecht, sie bringt auch für den privaten Konsum relativ wenig. Denn die Hunger- und Niedriglöhne liegen nur wenig über dem, was zuvor Erwerbslose an Transferzahlungen erhielten.

80 Prozent der neuen Jobs 2010 in Baden-Württemberg waren Leiharbeitsverhältnisse!

Nimmt man Arbeitnehmerentgelte, die alle Beschäftigten erhalten, so stiegen diese im Jahr 2010 um preisbereinigt 1,7 Prozent und führten zu einem Wachstumsbeitrag des privaten Konsums von gerade einmal 0,2 Prozentpunkten. Dieses Jahr sollen die preisbereinigten Arbeitnehmerentgelte nur um 1,4 Prozent steigen. Gleichzeitig wird aber erwartet, dass der Wachstumsbeitrag des privaten Konsums auf 0,7 Prozentpunkte ansteigt. Vorsichtig formuliert: Das klingt nicht sehr logisch.

Lohnbremse Bundesregierung

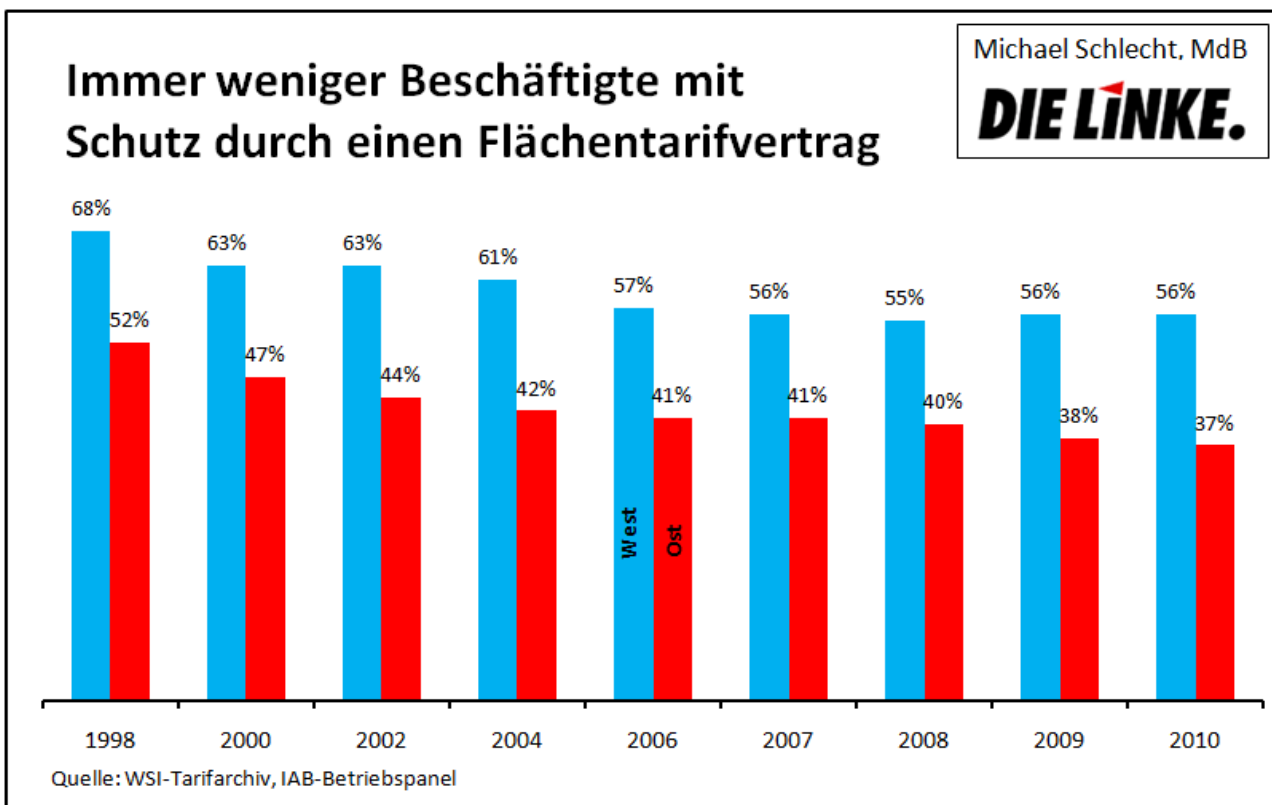
Merkel und sicher auch der neue Wirtschaftsminister Rösler wissen, dass der entscheidende Faktor für die Steigerung des privaten Konsums die Löhne sind. Deshalb hat die Regierung noch vor Monaten die Gewerkschaften

ermuntert, doch mal einen „Schluck aus der Pulle“ zu nehmen. Jedoch ist diese Empfehlung ein schlechter Witz. Als wenn der Bankräuber ruft: „Haltet den Dieb!“

Schließlich hat das Lohndumping in Deutschland einen Namen: Agenda 2010 mit Befristungen, Minijobs und Hartz IV. Dies hat die Beschäftigten erpressbar gemacht und die Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften geschwächt. Denn wer streikt schon, wenn man befristet beschäftigt ist oder nur einen Leihjob hat. Und die Angst vor der Arbeitslosigkeit, vor dem Absturz in Hartz IV wirkt auch als Streikbremse. So sind die Gewerkschaften systematisch von der Politik geschwächt worden.

Nur noch die Hälfte der Beschäftigten werden heute durch einen Flächentarifvertrag geschützt. 1998 unterlagen noch 68 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 52 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland einem Flächentarifvertrag. Heute sind es nur noch 56 Prozent im Westen und 37 Prozent im Osten.

Die Verhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder für 600.000 Beschäftigte zu Beginn 2011 waren ein wichtiger Auftakt der Lohnrun-



den. Sie boten eigentlich der Regierung eine hervorragende Gelegenheit als Arbeitgeber etwas für höhere Löhne zu tun.

Die Steuerreformen zugunsten Reicher und Vermögender in den letzten zehn Jahren haben die Länderfinanzen um jährlich rund 25 Milliarden Euro geschmälert. Insofern treffen Lohnforderungen immer auf die klammen Kassen der Länderfinanzminister. Wollte die Bundesregierung wirklich für höhere Löhne sorgen, dann müsste sie die Länder wieder hinreichend mit finanziellen Mitteln ausstatten.

DIE LINKE im Bundestag hat daher einen Antrag eingebracht, mit dem Ziel der Verbesserung der Finanzausstattung der Länder um 4,5 Milliarden Euro jährlich. Dies hätte den finanziellen Spielraum geschaffen, um das von Ver.di geforderte Lohnplus von fünf Prozent umzusetzen. Jedoch: Union, FDP, SPD und GRÜNE lehnten im Bundestag diesen Antrag ab.

Nicht nur Union und FDP, auch SPD und Grüne sind Lohndrücker für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Ver.di und die dbb Tarifunion erreichten daher nur ein Lohnplus von gerade einmal 1,5 Pro-

zent ab dem 1. April 2011 und eine Einmalzahlung von 360 Euro bzw. 120 Euro für Auszubildende. Die Einmalzahlung ist nicht tabellenwirksam, das heißt zukünftige Lohnsteigerungen beziehen sich nur auf den eigentlichen Lohn. Für 2011 errechnet sich insgesamt eine Steigerung von 2,3 Prozent. Ab dem 1. Januar 2012 sollen die Löhne dann um 1,9 Prozent sowie um tabellenwirksame 17 Euro bzw. sechs Euro für Azubis steigen. Dies ergibt ein Plus von 2,55 Prozent auf das Jahr gerechnet.

Ohne Moos nix los

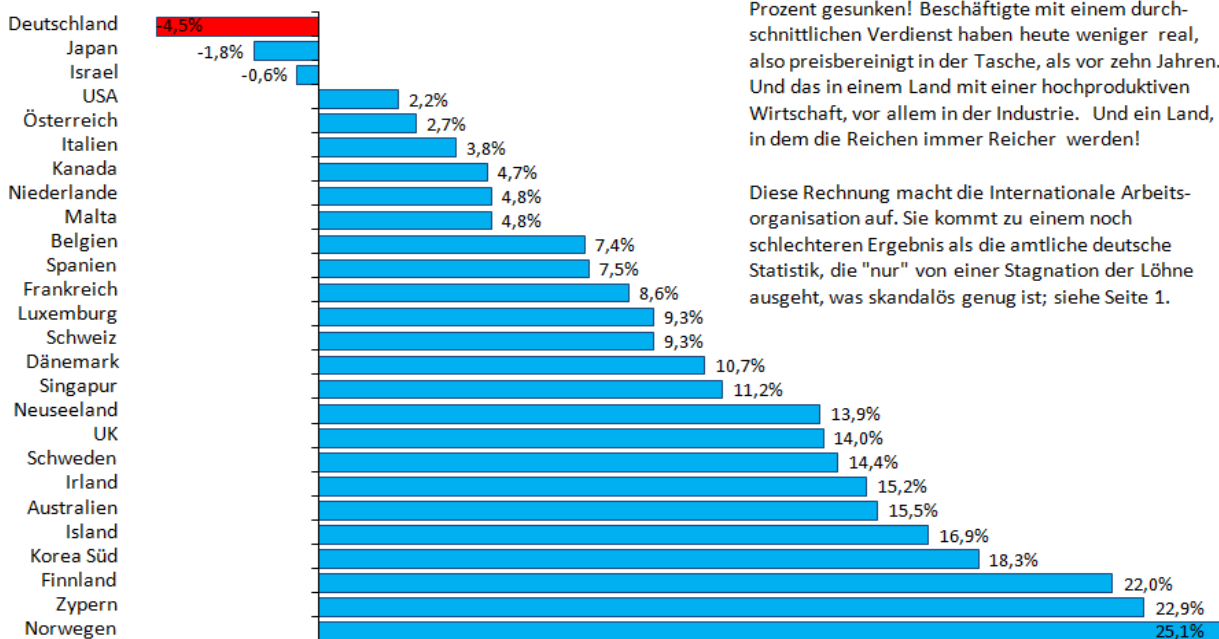
Höhere Löhne kann es in 2011 ohnehin nur für 7,5 Millionen Beschäftigte geben. Denn Einkommenstarifverträge werden nur in bestimmten Branchen neu verhandelt. Bislang wurden für etwa 4,3 Millionen Beschäftigte Tarifabschlüsse in 2011 erzielt.

Darunter befanden sich neben den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder unter anderem: Das Bauhauptgewerbe mit über 560 000 Beschäftigten, die chemische Industrie mit 550 000 Beschäftigten, die 134 000 Beschäftigten der Deutschen Bahn bzw. ihrer Tochterfirmen, die Volkswagen AG mit 91 000

Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!

Michael Schlecht, MdB

DIE LINKE.



Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf

Seit 2000 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben heute weniger real, also preisbereinigt in der Tasche, als vor zehn Jahren. Und das in einem Land mit einer hochproduktiven Wirtschaft, vor allem in der Industrie. Und ein Land, in dem die Reichen immer Reicher werden!

Diese Rechnung macht die Internationale Arbeitsorganisation auf. Sie kommt zu einem noch schlechteren Ergebnis als die amtliche deutsche Statistik, die "nur" von einer Stagnation der Löhne ausgeht, was skandalös genug ist; siehe Seite 1.

Beschäftigten sowie die 48 000 Beschäftigten der Telekom.

Rechnet man die tabellenwirksamen Tarifabschlüsse für 2011 auf das Jahr hoch, wurde ein Lohnplus von durchschnittlich 1,7 Prozent pro Beschäftigten erzielt. Das liegt noch unter der Prognose der Institute und unter der erwarteten Teuerungsrate.

Gewerkschaften stärken

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann nur noch sehr begrenzt eine deutliche Steigerung des privaten Konsums herbeiführen. Die Gewerkschaften haben die gesellschaftliche Lohnsetzungsmacht verloren. Nur noch in Einzelbereichen gelingen Tarifierhöhungen, die Preis- und Produktivitätssteigerung entsprechen. Noch in den 1980er Jahren sah die Lage ganz anders aus. Aber durch politische und gesellschaftliche Veränderungen ist diese politische Beschneidung erfolgt.

Deshalb benötigen wir vor allem die Einführung des *gesetzlichen Mindestlohnes* mit 10 Euro. Und bei der *Leiharbeit* ist der Grundsatz der *gleichen Bezahlung* zuzüglich einer Flexibilitätsprämie durchzusetzen, sowie weitere Regulierungen. Dies gilt ebenso für *befristete Arbeitsverhältnisse*.

Laut einer Studie des Schweizer Forschungsunternehmens Prognos würde ein Mindestlohn von 10 Euro die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen um 13 Milliarden Euro jährlich entlasten. Damit ließe sich die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro problemlos finanzieren.

Für fast acht Millionen Beschäftigte würden die Einkommen um mehr als 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage.

Prognos AG: Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, Basel 26. April 2011

Zusätzlich müssten von Seiten der Politik jedoch die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Hierzu gehört die Einführung eines *Verbandsklagerechtes*.

Dann könnten Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen gerichtlich durchsetzen. Bislang muss dazu ein betroffener Arbeitnehmer selbst aktiv werden. Dies scheitert aber häufig an Unkenntnis über die eigenen Rechte und Angst vor Sanktionen des Arbeitgebers.

Einen Ansatzpunkt, die Binnennachfrage zu stärken, könnte die Abkehr von der Lohnzurückhaltung der Vorkrisenjahre bieten.

DIW, Wochenbericht Nr. 35/2010

Zudem muss es erleichtert werden, Tarifverträge für *allgemeinverbindlich* zu erklären. Zukünftig sollte dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei hinreichend sein. Auch der Schutz von Beschäftigten bei einem *Betriebsübergang* ist zu gewährleisten. Bei Wechsel des Inhabers eines Betriebs sollten die alten Tarifverträge, in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Hartz IV ist Lohndumping per Gesetz

Das Sanktionsregime von Hartz IV bzw. der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs müssen beseitigt werden. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zu Angst und Einschüchterung der Beschäftigten. Mit der Angst vor Arbeitsplatzabbau sind diese erpressbar. Angemessene Lohnabschlüsse und eine Stärkung der Binnenwirtschaft sind unter diesen Rahmenbedingungen immer schwieriger, in vielen Wirtschaftsbereichen unmöglich.

Wenn die Regierung den privaten Konsum stärken wollte, müsste sie ebenfalls das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöhen und die Rentenformel wieder herstellen.

Sozial-ökologische Investitionen

Die Binnenwirtschaft muss aber auch vom Staat belebt und das Land ökologisch erneuert werden. Auch deshalb ist DIE LINKE gegen Kürzungen. Vielmehr brauchen wir ein dauerhaftes Zukunftsprogramm von 125 Milliarden Euro jährlich. Der Rückstand Deutschlands bei den öffentlichen Investitionen würde beseitigt und alternative Energie sowie Energieeffizienz erhielten einen kräftigen Schub.

Das sozial-ökologische Zukunftsprogramm soll 50 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr und Energiewende umfassen. Weitere 50 Milliarden Euro sollen Jobs im öffentlichen Sektor, insbesondere in der Bildung und Kinderbetreuung, schaffen. Für einen Zukunftsfonds zur Finanzierung des sozial-ökologischen Strukturwandels der Industrie bzw. öffentlicher Beteiligungen sind 25 Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt entstünden im öffentlichen Sektor wie in der privaten Wirtschaft zwei Millionen neue Jobs. Das Zukunftsprogramm finanziert sich über höhere Steuereinnahmen und die Entlastung der Sozialversicherung zu mindestens 50 Prozent selbst.

Die Kommunen und damit der Lebensmittelpunkt der Menschen würden vom sozial-ökologischen Zukunftsprogramm besonders profitieren. Denn zwei Drittel der öffentlichen Investitionen laufen über die Kommunen. Dort ist die Situation besonders dramatisch. Sie verfügen kaum über eigene Steuermittel. Die Steuerpolitik der Bundesregierung macht es ihnen zunehmend schwerer, ihre Infrastruktur zu pflegen. Bibliotheken, Schwimmbäder und Theater werden geschlossen. Das Defizit der Kommunen belief sich 2010 auf 9,6 Milliarden Euro, ein neuer Rekordwert.

Die kommunalen Steuereinnahmen erholen sich schneller als erwartet. Das Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008 wird aber in diesem Jahr noch nicht erreicht, und das kommunale Defizit wird voraussichtlich auch 2011 mehrere Milliarden Euro betragen.

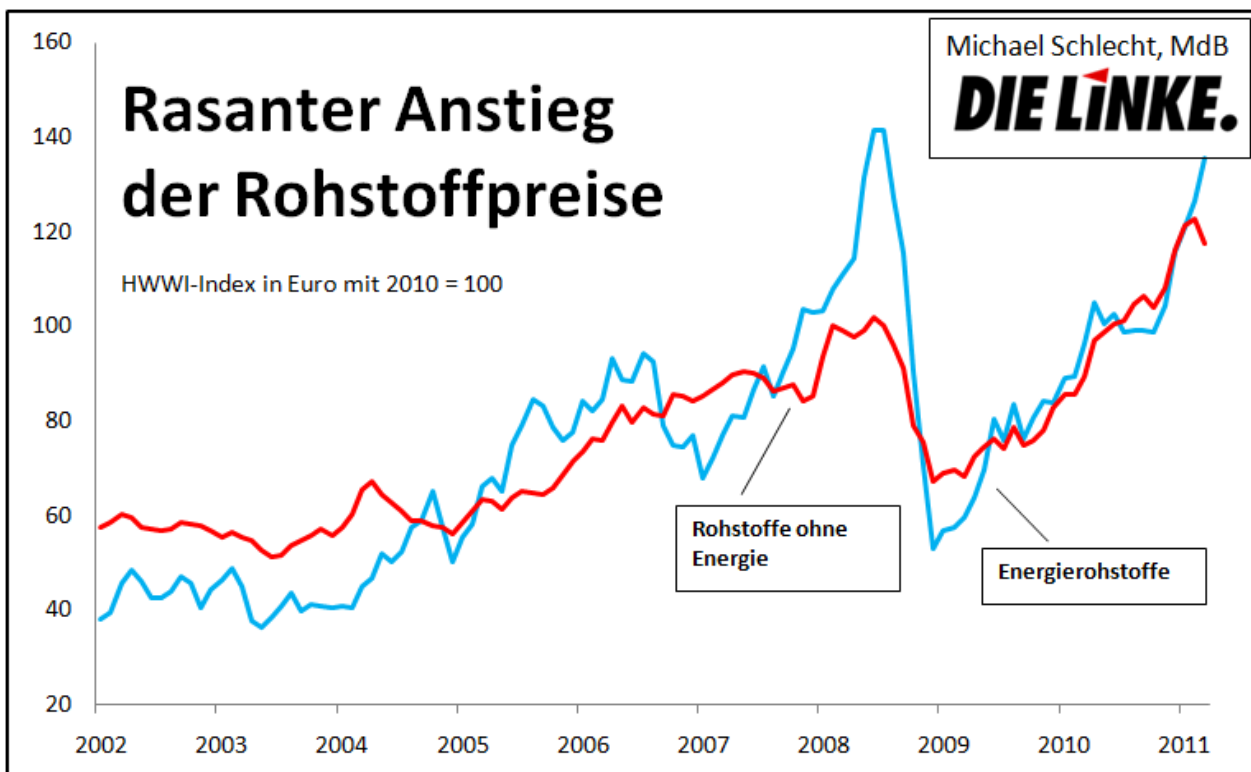
Deutscher Städtetag, 12. Mai 2011

Millionäre zur Kasse

Mit dem steuerpolitischen Konzept der LINKEN ließen sich 180 Milliarden Euro im Jahr mehr einnehmen – bei deutlicher Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Eine Forderung ist dabei besonders wichtig: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer. DIE LINKE will Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Diese Millionärsteuer brächte jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro. Da die Vermögensteuer eine Ländersteuer ist, schafft sie die Möglichkeit, dass die Länder wieder die finanziellen Zuweisungen an die Kommunen ausweiten.

Aufschwung: Wie lange noch?

Die Stärkung der Binnenwirtschaft ist notwendig, auch da die Entwicklung der Weltwirtschaft voller Risiken ist.



Risiko 1: Rohstoffpreise

Der Preis für Weizen stieg seit dem Sommer 2010 in Euro um 56 Prozent, für Mais um 73 Prozent und für Rohöl um 74 Prozent. Dieser dramatische Anstieg wird auf den ersten Blick dadurch relativiert, dass die konjunktursensiblen Rohstoffpreise im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise stark einbrachen. Die Rohstoffpreise ohne Energie haben aber trotzdem jetzt schon wieder historische Höchststände erreicht und die Energierohstoffe stehen kurz davor.

Beunruhigend ist diese Entwicklung deshalb, weil damit der seit Anfang 2000 eingesetzte Trend stark steigender Rohstoffpreise anhält. In den anderthalb Jahren vor dem Platzen der Immobilienblase und der Pleite von Lehman Brothers hatten sich die Energiepreise zwischen Januar 2007 und Juli 2008 explosionsartig um 210 Prozent erhöht.

„Wir gehen einfach so darüber hinweg, dass Mais und Hafer sich seit 2009 im Preis verdoppelt haben. Das ist ja schon für viele, viele Länder mit armer Bevölkerung ein Schlag ins Kontor.“

DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben im Deutschlandradio am 25. Januar 2011

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Zum einen haben stark wachsende Volkswirtschaften mit einer Milliardenbevölkerung wie China und Indien die Nachfrage stark erhöht. Zum anderen gibt es auf der Angebotsseite – je nach Rohstoff – begrenzte Förderkapazitäten. Bei den Agrarrohstoffen spielen außerdem klimatische Veränderungen eine Rolle. Die Lagerbestände sind für viele Grundnahrungsmittel deutlich gesunken. Ernteauffälle schlagen so schnell auf die Preise durch. Umweltkatastrophen wie Waldbrände, Dürren oder Überschwemmungen haben in Russland, der Ukraine und Australien den Weizenpreis ansteigen lassen.

Im Mai kam zu einem Einbruch bei den Rohstoffpreisen. Die spannende Frage ist, ob es sich hierbei um eine grundlegende Entwicklung oder nur einer kurzfristigen Korrektur handelt. Da die generellen, vorgenannten Faktoren für

den Preisauftrieb in Takt sind, spricht vieles dafür, dass vor allem Spekulanten kurzfristig Gewinne mitgenommen und es so zu einem Einbruch kam. Der Anstieg der Rohstoffpreise dürfte sich fortsetzen.

Ein Anstieg der Rohstoffpreise dämpft aber auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Industriestaaten. Je mehr Geld für Energie und Nahrungsmittel ausgegeben werden muss, desto weniger bleibt zum Kauf von Gütern und Dienstleistungen übrig. Das ist schlecht für die Konjunktur. Die Forschungsinstitute gehen im Frühjahrsgutachten davon aus, dass eine langfristige Erhöhung des Ölpreises um zehn Prozent die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,7 Prozent verringert. Der Preisanstieg sämtlicher anderer Rohstoffpreise ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt!

Verschärft wird das Problem durch Spekulanten, die durch ihre Zockerei die Preisausschläge verstärken. In Anbetracht der Tatsache, dass täglich Menschen an Hunger sterben ist dies ein Verbrechen!

Risiko 2: Geldpolitik

Die Erzeugerpreise stiegen in Deutschland im März 2011 gegenüber dem Vorjahr um gut sechs Prozent und die Großhandelspreise um elf Prozent. Dies ist der stärkste Anstieg seit 30 Jahren.

Auch die nach einem repräsentativen Warenkorb berechneten Verbraucherpreise ziehen an. Im März 2011 stiegen die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr in der Eurozone um 2,7 Prozent. Da damit die Zwei-Prozent-Marke überschritten war hat die *Europäische Zentralbank* den Leitzins um einen Viertelprozentpunkt angehoben. Weitere Zinsschritte sind in diesem Jahr wahrscheinlich. Dadurch werden sich Kredite für Konsum, Investitionen und Baumaßnahmen mittelfristig verteuern. Auch China hat mehrere Zinsschritte unternommen, um die überhitzte Wirtschaft abzukühlen.

Damit besteht die Gefahr, dass die Wirtschaft ausgebremst wird. Besonders brisant ist diese

Zinsentwicklung für die Krisenländer in der EU. Für sie wird die Lage weiter verschärft.

Bitter für Otto Normalverbraucher ist außerdem, dass die Löhne der Preisentwicklung sogar hinterherhinken.

Weil eine Zinswende für die USA noch nicht absehbar ist, wird der steigende Leitzins in der Eurozone die Aufwertung des Euros gegenüber dem Dollar befördern. Dadurch wertet der Dollar ab. In die gleiche Richtung wirkt die Drohung der Rating Agentur *Standard & Poor's*, den Vereinigten Staaten das Spitzenrating abzuerkennen. Unter diesen Umständen scheint es sehr wahrscheinlich, dass der Euro noch in diesem Jahr sein Allzeithoch gegenüber dem Dollar von 1,60 aus dem Jahr 2008 wieder erreichen wird. Dadurch werden sich die deutschen Exporte in Länder außerhalb der Eurozone verteuern.

Wenn die EZB die geldpolitischen Zügel weiter strafft, nimmt das Risiko zu, dass die Schuldenkrise weiter verschärft wird.

Gavyn Davies, Vorsitzender Hedgefonds Fulcrum, 6. April 2011

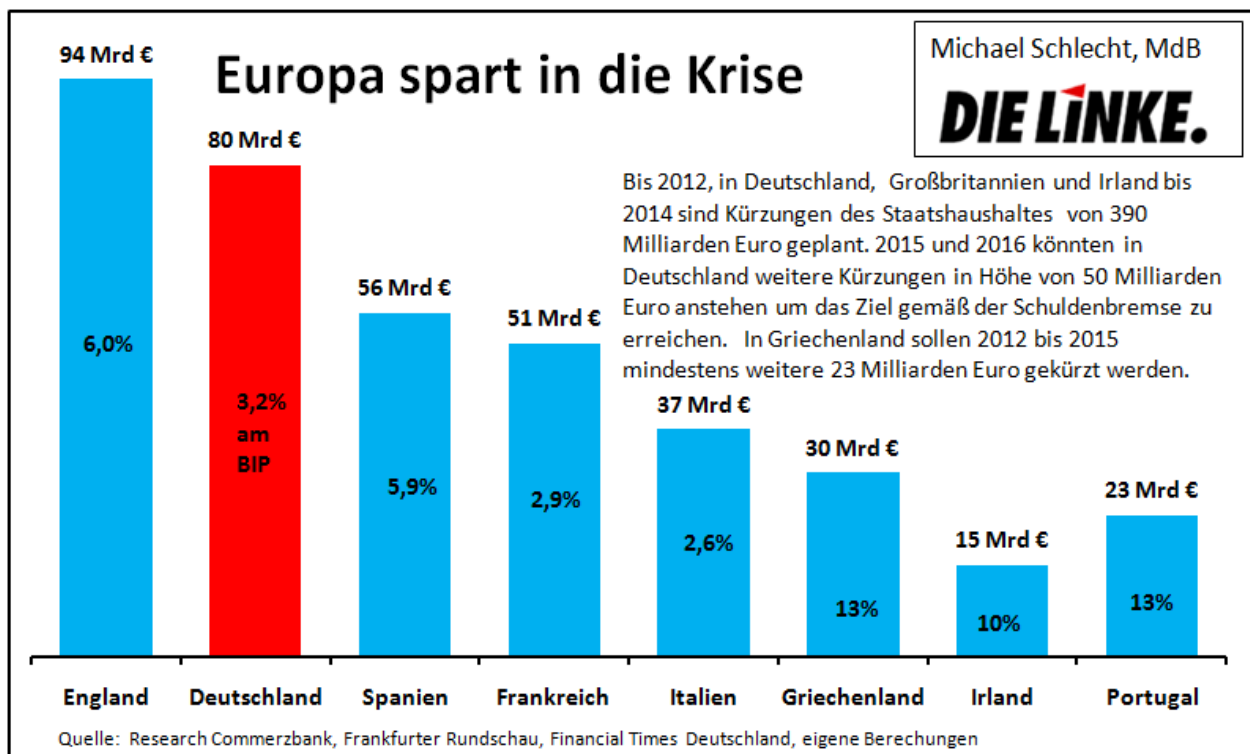
Weltweit steigende Leitzinsen, sowie das Ende der Konjunkturprogramme und des Lagerauf-

bauzyklus werden die Weltkonjunktur abschwächen und damit zusätzlich die Rahmenbedingungen für die deutschen Ausfuhren perspektivisch verschlechtern.

Risiko 3: Schuldenkrise und Kürzungsprogramme

Steuerausfälle aufgrund der Wirtschaftskrise, die Kosten der Bankenrettung sowie die notwendigen Konjunkturpakete haben die Staatsverschuldung in ganz Europa explodieren lassen. Allein in Deutschland stieg die Staatsverschuldung im letzten Jahr allein um über 300 Milliarden Euro. Weil die Regierung sich nicht traut die Profiteure der Finanzblasen – die Banken und Vermögensbesitzer – zur Kasse zu bitten, werden in den nächsten Jahren in den EU-Staaten massive Kürzungsprogramme von 390 Milliarden Euro durchgedrückt. Und ständig werden neue verabschiedet. Vor allem Merkel hat sich für diese Politik nach Vorbild des Reichskanzlers Brüning Anfang der 1930er Jahre stark gemacht. Sie ist sogar noch stolz darauf, dass sie der griechischen Regierung ein Programm aufzwang, das auf Deutschland umgerechnet ein Volumen von 300 Milliarden Euro hätte.

Was neoliberale Ökonomen nicht wahrhaben wollten, ist jetzt eingetreten. In Griechenland



befindet sich die Wirtschaft in einer katastrophalen Rezession, weil es die Vorgaben des IWF und der EU-Kommission fast punktgenau umgesetzt hat. Letztes Jahr schrumpfte sie durch die wahnsinnigen Kürzungsprogramme um 4,5 Prozent. 2011 soll es um weitere 3,5 Prozent bergab gehen.

Für Griechenlands Minister Michalis Chrysohoidis „ist die Wirtschaft tot, sind die Leute völlig depressiv“.

Die Arbeitslosenrate stieg bereits innerhalb von einem Jahr von elf auf über 15 Prozent im Januar 2011. Außerdem sind 65.000 Unternehmen in diesem Zeitraum pleite gegangen.

Durch die ausgeprägte Rezession der griechischen Wirtschaft können die Kürzungsprogramme die griechische Verschuldung nicht abmildern. Im Gegenteil: Die Schuldenquote und die Zinslastquote sind gestiegen. Jeder fünfte Euro aller griechischen Staatseinnahmen muss inzwischen für Zinszahlungen ausgegeben werden. Von einer Rückkehr zum Kapitalmarkt ist Griechenland heute weiter entfernt als vor einem Jahr. Die Zinsen für zweijährige Schuldtitel sind auf über 26 Prozent gestiegen.

Trotzdem setzt die griechische Regierung die unsinnigen Bedingungen, die mit den „Hilfskrediten“ verbunden sind, weiter um und will den Kurs sogar noch verschärfen. Zwischen 2012 und 2015 sollen weitere 23 Milliarden im Staatshaushalt eingespart werden. Das entspricht zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Jetzt sollen die Griechen auch noch möglichst schnell zum Verscherbeln ihres Tafelsilbers gezwungen werden. Durch die Privatisierungen ist es dem Kapital möglich, sich die Filetstücke des gesellschaftlichen Eigentums in einer Notlage zu Spottpreisen unter den Nagel zu reißen. Wenn dies fortgesetzt wird, dann werden die Steuerzahler in ganz Europa zu den Verlierern zählen, egal ob in Griechenland oder in Deutschland. Bereits heute befindet sich ungefähr ein Drittel der griechischen Staatsschuldtitel in öffentlichen Händen. Tendenz steigend. Eigentlich müsste Europa Griechenland mit

Aufbauhilfen unter die Arme greifen. So wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland mit dem Marshall-Plan half.

Stattdessen droht nach Irland auch Portugal das griechische Schicksal zu teilen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die portugiesischen Parteien diesem sinnlosen Spardiktat verweigern werden. Schließlich hat Deutschland als große Exportnation bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone viel zu verlieren.

Eine Stabilisierung des Euros ist nur durch einen Abbau der Außenhandelsungleichgewichte nachhaltig zu erreichen. Und zwar nicht, indem alle in Europa um die Wette sparen, sondern indem Deutschland und andere Exportnationen ihre Binnennachfrage erhöhen.

Risiko 4: Labile Situation in USA und Japan

Obwohl die Geld- und Fiskalpolitik in den USA eigentlich schon alle ihre Möglichkeiten ausgereizt hat, verharrt die Arbeitslosenrate bei offiziell neun Prozent. Unter Berücksichtigung der verdeckten Arbeitslosigkeit läge sie sogar bei 15 Prozent! *Goldman Sachs* hat die amerikanischen Konjunkturaussichten für 2011 stark reduziert und rechnet jetzt nur noch mit einem Wachstum von 1,5 bis 2,5 Prozent.

„Wir sind griechischer als die Griechen.“

Bill Gross, Gründer des größten Anleiheinvestors Pimco zur amerikanischen Staatsverschuldung in der Financial Times vom 1. April 2011.

In diesem konjunkturell unsicheren Fahrwasser wurde die staatliche Schuldenobergrenze von gut 14 Billionen Dollar erreicht. Durch Haushaltstricks wurde eine drohende Zahlungsunfähigkeit noch hinausgezögert. Eine neue, höhere Schuldenobergrenze tragen die oppositionellen Republikaner aber nur mit, wenn Obama sich auf weitere Budgetkürzungen einlässt. Diese drohen dann wiederum, das Wachstum weiter zu dämpfen. Die Kombination aus hoher Staatsverschuldung, geringem Wirtschaftswachstum und steigenden Preisen wird für die Leitwährung Dollar immer bedrohlicher.

In einer ähnlich schwierigen Situation steckt Japan, die drittgrößte Ökonomie der Welt, nach den Erdbeben und der Reaktorkatastrophe. Bereits vor den schrecklichen Ereignissen hatte die japanische Schuldenquote mit 205 Prozent einen weltweiten Rekordwert erreicht. *Standard & Poor's* stufte das Rating von Japan bereits Ende Januar herab und *Moody's* änderte den Ausblick Ende Februar auf negativ.

Bereits kurz nach dem Erdbeben rechnete die japanische Regierung mit Wiederaufbaukosten von mehr als 200 Milliarden Euro; dies sind sechs Prozent des Bruttoinlandproduktes. Gelingt es der japanischen Regierung nicht, sich den Kredit im Inland zu beschaffen, droht eine weltweite Verschärfung der Schuldenkrise. Japan könnte sein im Ausland angelegtes Geld in größerem Maßstab zurückziehen. Das Land ist mit knapp 900 Milliarden Dollar der zweitgrößte ausländische Kreditgeber der USA und hält 800 Milliarden Dollar europäische Staatsanleihen. Im Januar dieses Jahres zeichneten sie noch ein Fünftel des gesamten Emissionsvolumens der Rettungsschirm-Anleihe für Irland.

Ein weiteres Problem für Japan ist, dass die Geldpolitik schon jetzt mit nahe null Prozent am Anschlag ist. Ein negativer Leitzins gilt bisher weltweit als Tabu.

Risiko 5: Bundesregierung und Banken

Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* hat eine Gruppe von Ländern unter Aufsicht gestellt, weil von ihnen Gefahren für die Stabilität der Weltwirtschaft ausgehen. Deutschland befindet sich im Kreis der Sünder.

Der IWF sieht auf zwei Ebenen Gefahren: bei den hohen deutschen Exportüberschüssen und bei den deutschen Banken. Diese haben die Exportüberschüsse in den Defizitländern in großem Umfang durch Kredite finanziert, deren Rückzahlung aufgrund der Schuldenkrise unsicherer geworden ist bzw. in Schrottpapiere investiert. Der IWF befürchtet, dass noch erhebliche Risiken in den Bilanzen schlummern.

Sündenfall Exportüberschüsse

Die Exportüberschüsse haben vor allem eine Ursache: Deutsche Billiglöhne. Die Lohnstück-

kosten, also die Löhne im Verhältnis zur Produktivität, sind eine wichtige Kennziffer für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Von 2000 bis 2009 sind sie im Durchschnitt der Euro-Zone – ohne Deutschland – um 29 Prozent gestiegen, in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sieben Prozent! Auch im weltweiten Vergleich ist Deutschland laut der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen Schlusslicht. Nur in Japan, Israel und Deutschland fielen in den letzten zehn Jahren die Reallöhne. In den anderen Ländern stiegen sie, in Norwegen um 25 Prozent.

Josef Ackermann ist einer der gefährlichsten Bankmanager der Welt, weil er darauf besteht, eine Eigenkapitalrendite von 20 bis 25 Prozent zu erzielen. Ein so hoher Gewinn ist nur möglich, weil er weiß, dass die Deutsche Bank von den Steuerzahlern gerettet würde.

Simon Johnson, ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, TAZ 13. April 2011.

Sündenfall Banken

Deutsche Banken zocken mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Währungen im Casino. Ackermann gibt schon wieder das Ziel einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent aus. Da der sogenannte Eigenhandel in Deutschland weiterhin erlaubt ist, können Universalbanken ihre gefährlichen Wetten mit geliehenem Geld bzw. Geld der Zentralbanken eingehen. Dadurch droht erneut das gesamte Finanzsystem auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *PwC* führten deutsche Banken mit Stichtag Juni 2010 mit 225 Milliarden Euro europaweit bei den Problemkrediten in ihren Bilanzen. Dies ist ein Anstieg gegenüber 2009 um sieben Prozent. Es rächt sich, dass die Bundesregierung die Banken nicht konsequent in öffentliche Kontrolle überführt hat. Damit hätte sie die maroden Institute rekapitalisieren, notfalls zerschlagen und abwickeln können. Bis heute weiß kein

Mensch, was die Banken wirklich in ihren Bilanzen verstecken.

Die Bevölkerung bezahlt die Krise

Statt die Profiteure und Verursacher der Krise in die Pflicht zu nehmen, wird die Bevölkerung abkassiert. Mit dem Kürzungspaket der Bundesregierung sollen die öffentlichen Haushalte bis 2014 mit die Rekordsumme von 80 Milliarden Euro beschnitten werden.

Merkel will bis 2016 die Neuverschuldung wegen der Schuldenbremse fast auf null drücken. Um dieses Ziel zu erreichen, genügen die geplanten 80 Milliarden nicht. Für die Jahre 2015 und 2016 droht der zweite Teil der Kürzungssorgie mit weiteren 50 Milliarden Euro.

Für die Bundesländer hat die Schuldenbremse noch verheerendere Auswirkungen. Die Erfüllung der Bedingungen der Schuldenbremse bis 2020 verlangt von den Ländern massive Kürzungsmaßnahmen. Im Ergebnis wird der Staatssektor im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in den Bundesländern schrumpfen.

Die Bundesregierung holt sich das Geld für die Sanierung des Haushalts bei Beschäftigten und Arbeitslosen. Sie kürzt allein 30 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben weg. Getroffen werden vor allem Erwerbslose. Um 13 Milliarden Euro in der öffentlichen Verwaltung zu streichen werden 15.000 Stellen abgebaut.

80 Prozent der Bevölkerung empfinden das Sparpaket als sozial ungerecht.

TNS Emnid, 8. Sept.2010

Bei den mächtigen Lobbyisten gibt sich die Regierung dagegen großzügig:

Atomlobby strahlt: Die Bundesregierung plant unter dem Eindruck der nuklearen Katastrophe in Japan die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke zurückzunehmen. Damit sind auch die geplanten Einnahmen von etwa 1,2 Milliarden Euro jährlich aus der Brennelementsteuer hinfällig. Da die Bundesregierung aber bei ihrem Moratorium bislang auf eine rechtssichere gesetzliche Grundlage verzichtete drohen Schadenersatzklagen der Stromriesen. RWE

hat eine solche Klage bereits angekündigt. So sorgt die Bundesregierung dafür, dass die Atomkonzerne auf dem Rücken der Bevölkerung eine Entschädigung erhalten.

Schonprogramm für die Banken: Die Bundesregierung hat ein Herz für Banken. Die Regierung will eine Bankenabgabe. Geplant sind Einnahmen von gerade einmal 1,2 Milliarden Euro jährlich. Da die Banken tricksen droht das Aufkommen deutlich unter eine Milliarde zu liegen.

Die winzige Bankenabgabe soll als Vorsorge der Banken gegen zukünftige Finanzkrisen dienen. Für die gegenwärtigen Krisenkosten sollen die Banken aber nicht bezahlen. Und mit den niedrigen Beiträgen darf die nächste Finanzkrise erst wieder in 400 Jahren kommen, sonst zahlt trotzdem wieder die Bevölkerung.

Finanzsteuer hängt in der Luft: Die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer zwar aufgegeben. Kanzlerin Merkel macht die Einführung aber von einer nicht absehbaren europäischen Lösung abhängig. Deshalb hat der Finanzminister die ursprünglich eingeplanten zwei Milliarden Euro im Haushalt bereits wieder gestrichen.

Sozialabbau und Krise stoppen!

Mit der Millionärsteuer und den weiteren steuerpolitischen Forderungen der LINKEN wäre keine einzige Sozialkürzung in den Bundes- und Landeshaushalten notwendig, kein einziger Job im öffentlichen Dienst müsste gestrichen werden. Im Gegenteil: Die Regierung hätte Geld, um in die sozial-ökologische Zukunft zu investieren und die Wirtschaft zu stabilisieren, etwa durch öffentliche Investitionen in bessere Schulen und Universitäten, moderne und ökologische Verkehrssysteme und die Energiewende. Und es wäre Geld vorhanden um die Neuverschuldung zurückzuführen.

Ob die Regierung mit ihrer Politik durchkommt, oder ob ein politischer Wechsel möglich wird, entscheidet sich vor allem in den Protesten und Demonstrationen. Auf der Straße entscheidet sich die Zukunft unseres Landes!